

© Nordbayerischer Kurier

Ausschreibungen: Die Kleinen resignieren

Warum mittelständische Unternehmen so selten von den großen öffentlichen Aufträgen profitieren

BAYREUTH

Von Frank Schmälzle

Wenn Claudia Ebert sich um öffentliche Aufträge bewirbt, muss sie versichern, dass sie in ihrer Firmengruppe keine Kinder beschäftigt. „Wahnsinn“, sagt die Geschäftsführerin des Elektrotechnik-Unternehmens Schlenck. Die Bürokratie bei Ausschreibungen öffentlicher Aufträge ist ins Kraut geschossen. Dass es fair zugehen muss, wenn Steuergelder verbaut werden, das steht für sie außer Frage. „Aber der Gesetzgeber hat überzogen“, sagt die Unternehmerin.

Früher war es mit einem Leistungsverzeichnis, einer Kalkulation und einem Preis getan. Inzwischen aber ist die Liste der Nachweise, die Unternehmen bei einer öffentlichen Ausschreibung vorlegen müssen, lang geworden. Eine Auswahl: Gewerbeanmeldung und Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes. Eintrag in die Handwerksrolle und Erfahrungsnachweise für vergleichbare Arbeiten. Bestätigungen, dass das Unternehmen der Berufsgenossenschaft angehört, nicht in einem Insolvenzverfahren oder einer Liquidation steckt. Dazu noch: ein Wust an Formblättern, die ausgefüllt werden müssen. Und wenn es ganz dick kommt, müssen die Unternehmen ihre Angebotskalkulationen schriftlich erläutern.

„Wahnsinn“, sagen auch die beiden CSU-Stadträte Helmut Parzen und Klaus Klötzer. Das überfordert kleine Unternehmen, schließt sie von öffentlichen Aufträgen de facto aus. So hören es Parzen und Klötzer in Gesprächen mit Handwerkern immer wieder. Kleine Unternehmen lassen die Finger von öffentlichen Aufträgen. „Da muss die Stadt doch was machen“, sagen die beiden Stadträte. Heimische Betriebe nicht bevorzugen, das wäre gegen das Gesetz. Aber das Gesetz so nutzen, dass heimische Betriebe zum Zug kommen. Die Aufträge in kleine Lose aufteilen. Doch das Gesetz zieht Grenzen.

Aufträge bis zu 30 000 Euro vergibt die Stadt direkt. Bauleistungen im Hoch- und Tiefbau bis zu einem Auftragswert von einer halben Million Euro sowie Dienstleistungen bis 100 000 Euro werden beschränkt ausgeschrieben. Das heißt: Die Stadtverwaltung ruft kleine und mittelständische Unternehmen aus der Region dazu auf, Angebote abzugeben. Über 500 000 Euro muss die Stadt öffentlich ausschreiben. Bei einem Gesamtauftragswert über fünf Millionen erfolgt die Ausschreibung europaweit. Das war zuletzt bei der Sanierung der Mülldeponie Heinersgrund und bei der Schlamm-trocknung am Klärwerk so.

Die allermeisten Vergaben der Stadt liegen aber weit unter der Ausschreibungsgrenze. „Im Tiefbau werden neun von zehn Maßnahmen beschränkt unter kleinen und mittleren Unternehmen der Region ausgeschrieben und vergeben“, sagt Baureferent Hans-Dieter Striedl. Das Tiefbauamt meldet für das vergangene Jahr 135 Vergaben mit einem Volumen von 8,7 Millionen Euro. Drei Vergaben mit einem Gesamtwert von 2,1 Millionen Euro mussten wegen des geschätzten Gesamtauftragswertes europaweit ausgeschrieben werden. Zwei weitere mit zusammen 900 000 Euro wurden öffentlich ausgeschrieben. Alle anderen Ausschreibungen erfolgten beschränkt unter Unternehmen in der Region oder gingen als Direktvergabe an

Unternehmen. Also: 5,7 Millionen Euro aus dem Tiefbau der Stadt ohne Umwege für Betriebe in und um Bayreuth. Striedl sagt: „Im überwiegenden Teil der Fälle kommen heimische Unternehmen zum Zuge. Wir tun schon alles, was wir können.“

„Stimmt“, sagt Thomas Wehrl. „Die Stadt tut, was sie kann.“ Aber der Leiter der Rechtsabteilung der Handwerkskammer für Oberfranken weiß auch: 500 000 Euro kommen bei einem öffentlichen Auftrag schnell zusammen, dann muss ausgeschrieben werden. „Und ich höre von kleinen Unternehmen, dass sie sich lieber nach anderen Aufträgen umschaun, statt sich an einer Ausschreibung zu beteiligen.“ Zu großer Aufwand für die kleinen Betriebe: In Oberfranken gibt es aktuell exakt 16 227 Handwerksbetriebe mit 74 200 Beschäftigten. Der Durchschnittsbetrieb hat nach Angaben der Kammer knapp fünf Mitarbeiter.

Einen Ausweg gibt es, doch auch der hilft nur bedingt. Betriebe können sich zertifizieren lassen, müssen bei Ausschreibungen dann nicht mehr alle Unterlagen, sondern nur noch ihre Zertifizierung vorlegen. Doch das ist nicht umsonst. Zwischen 800 und 1000 Euro kostet eine solche Zertifizierung – pro Jahr. „Das rentiert sich nur, wenn ein Betrieb laufend an Ausschreibungen teilnimmt“, sagt Wehrl. Und er sagt: „Die Bürokratie wird immer schlimmer.“ Dabei wäre es gar nicht so schwer, kleinen und mittleren Unternehmen das Leben leichter zu machen. „Wenn Zweifel vorliegen, kann man Unternehmen immer noch dazu auffordern, Nachweise zu liefern“, sagt Wehrl. Im kommenden Jahr soll das Vergaberecht reformiert werden. Was dann kommt, sagt Wehrl, weiß heute noch niemand. Weil es auch darauf ankommt, wie Deutschland die neue EU-Regelung umsetzt. „Wir hoffen auf Erleichterungen“, sagt Wehrl. „Aber garantieren kann ich nichts.“

Auch Claudia Ebert hofft darauf, dass irgendwer ein Einsehen haben wird und die Bürokratie zurückfährt. Sie beschäftigt in ihrem Unternehmen zwei Mitarbeiter, die nichts anderes tun, als Ausschreibungen zu sichten und den Papierkrieg zu führen. Die genau wissen, auf welchem Formblatt sie welches Feld anzukreuzen haben. Die Unternehmerin sieht aber nicht nur ihr Problem. „Ich beneide auch keinen öffentlichen Auftraggeber, der ausschreiben muss.“ Für den ist der Aufwand auch nicht kleiner. „Vielleicht haben wir in Berlin und Brüssel einfach ein paar Beamte zu viel. Und ein paar Praktiker zu wenig.“

Nordbayerischer Kurier vom Samstag, 9. Mai 2015, Seite 17